

Kantonsratssitzung vom 30. Oktober 2008

**Interpellation betreffend Unterbringung von Asylbewerbern im
Kt.Zug**

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident

Sehr geehrte Dame und Herren der Regierung

Liebe Kantonsratskolleginnen und –Kollegen

Liebe Gäste

Ich möchte mich bei der Regierung für die ausführliche und vor allem rasche Beantwortung unserer Interpellation bedanken. Dieses Thema brennt den Menzinger unter den Nägeln. Ich habe persönlich X Telefonanrufe diesbezüglich bekommen. Man findet es ungerecht, dass jetzt ausgerechnet Menzingen auf einen Schlag 100 Asylbewerber vom Bund zugeteilt bekommt. Wir Menzinger erwarten, dass sich die Zuger Regierung und auch die zuständige Direktorin für Menzingen einsetzt.

Ich möchte zu ein Paar Punkten Ihrer Antwort Stellung nehmen:

Zur Frage 2

Hier wäre es noch Interessant zu wissen warum plötzlich die Zahlen so in die Höhe schnellen. Vor allem Dienstverweigerer sollte man kein Asyl gewähren, dann würde die Zahl ganz anders aussehen. Aber hier ist ja der Bund zuständig und es ist zu hoffen, dass das Amt für Migration endlich die Gesuche strenger kontrolliert und wirklich nur notbedürftigen Asyl gewährt.

Frage 3

Sie führen aus, es seien keine negativen Rückmeldungen bezüglich der Tagesschule Elementa und Kantonalen Gymnasium eingegangen.

Uns ist bekannt das es verschiedene Eltern gibt die grosse Mühe haben weiterhin Ihr Kind da zur Schule zu schicken. Uns würde interessieren wie die Hausordnung aussieht und ob es Einschränkungen bezüglich der Benutzung des Gebäudes gibt?

Wir werden auf jedenfalls ein Auge darauf werfen, ob die Schulen wirklich nicht beeinträchtigt werden, oder gar Schüler belästigt werden.

Frage 4

Hier sind wir mit der Beantwortung gar nicht einverstanden. Sowohl Menzinger Bürgerinnen und Bürger wie auch Gemeinderatsmitglieder könnten dies bezeugen, dass die damalige Direktorin des Innern vor über 150 Leuten gesagt hat, das man alles daran setze in Menzingen, bei den vom Kanton untergebrachten Asylbewerbern, vorwiegend Fam. zu berücksichtigen.

Wir müssen feststellen, dass man mit der Unterbringung von Asylbewerbern in der Liegenschaft des Kt. Gymnasiums, vorwiegend Junge Leute einquartiert, obwohl man weiss, dass man in früheren Zeiten grosse Probleme mit Jungen Asylbewerbern hatte.

Frage 5

Die Statistik zeigt auf, dass man vor allem in den Tal Gemeinden weniger Asylbewerber untergebracht hat, vor allem sticht die Stadt Zug sehr raus mit nur 44. Kann es sein, dass der Stadtrat sich hier mehr einsetzt und wehrt gegen die Aufnahme von Asylbewerbern?

Wenn der Kanton die Belegung der Unterkunft Gubel durch den Bund, mangels Zuständigkeit nicht beeinflussen kann, dann sollte die DI, Menzingen eigentlich unterdurchschnittlich belegen, um die Gemeinde Menzingen so für die Gefahr zu entschädigen, dass der Bund allenfalls Asylanten auf dem Gubel wirklich einquartiert.

Frage 6

Wie die Regierung im Bericht zum Sozialhilfegesetz schreibt, gibt es durchaus Gemeinden, die die ungerechte Verteilung der Asylanten finanziell abgelten. Im Kanton Aargau ist das beispielweise so.

Frage 7

Verstehen wir Sie richtig, Frau Regierungsrätin, dass die Regierung spätestens seit der Frühjahrskonferenz, der Kantonalen Justiz- Polizeidirektoren vom 3. April weiss, dass der Gubel vom Bund für die besondere Lage im Asylwesen, als Not-Quartier vorgesehen war? In dem Falle müssen wir uns Fragen, wieso Sie dann trotzdem den Standort Seminarstrasse in Menzingen vorangetrieben haben?

Frage 8 und 14

Wir sehen es ganz klar als Aufgabe der Regierung sich auch gegen solche Bundesentscheide zu wehren. Wir sind uns einig das der Zuger Regierungsrat vom Zuger Volk gewählt wurde, damit er die Interessen des Zuger Volkes vertritt? Wir sind uns doch hoffentlich auch einig, dass die Menzinger zum Zuger Volk gehören. Denn ein Grossteil der Menzinger Bevölkerung wird sich gegen eine geplante Asylunterkunft im

Gubel wehren, dies beweisen Briefe, wie aber auch etliche Anrufe von besorgten Menzingerinnen und Menzinger.

Wir sind uns sicher dass die Gemeinde Menzingen, wie auch betroffene Dritte einer Nutzungsänderung nie zustimmen wird, wir sind gespannt wie sich die Zuger Regierung entscheiden wird.

Sollte dieser Umnutzung einfach so zugestimmt werden, würde dies ein Fall auslösen, dass viele Landwirte mit Gesuchen für Umnutzungen von Landwirtschaftsland an die Regierung und Gemeinde gelangen könnte.

Wir hoffen nun alle, vor allem die Menzinger Bürgerinnen und Bürger, dass der Bund kein Umnutzungsgesuch einreicht und so ein langes Verfahren sich erspart. Denn schon heute ist sicher dass sich die Gemeinde Menzingen, wie auch betroffene einer evtl. Umnutzung nicht zustimmen werden und sich wehren werden.

Die Zuger Bevölkerung und die Menzinger erwarten zurecht, dass die Direktion des Innern ihre Interessen wahrnimmt und dass über 100 Asylbewerber in einem kleinen Bergdorf platziert werden, liegt klar nicht im Interesse der Zugerinnen und Zuger.

Interpellant K.Nussbaumer.